

# Deutsche Rundschau

## in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14.00 M.  
monatl. 4.80 M. In den Ausgabestellen monatl. 4.50 M. Bei  
Postbezug vierteljährlich 16.16 M., monatl. 5.89 M. Unter Streifband in Polen monatl. 8 M.  
Danzig 3 M. Deutschland 2.50 M. - Einzelnummer 25 M., Dienstags- und  
Sonntags-Nummer 30 M. Bei höherer Gewalt (Betriebsführung usw.) hat der Be-  
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Gernrit Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 bzw. 10 M. V.  
Deutschland 10 bzw. 10 Goldpf. übriges Ausland 100%. Aufschlag. - Bei Blät-  
terdruck und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. - Abbestellung von Anzeigen nur  
schriftlich erbeten. - Offsetengebühr 100 Groschen. - Für das Erreichen der  
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postleitzahlen: Breslau 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 44.

Bromberg, Sonnabend den 22. Februar 1930.

54. Jahrg.

## Schober kommt nach Berlin.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Für die Lebendigkeit und die Stärkung des Anschlusswillens ist die fortdauernde persönliche Fühlungsnahme, die gegenseitige Kenntnis und Werthaltung der Menschen und der Dinge von großer Bedeutung. In den letzten Jahren sind zahlreiche „Anschluss“-Reisen von Berlin nach Wien, von Deutschland nach Österreich und umgekehrt unternommen worden. Das Sängersfest und die zahlreichen Kongresse einflussreicher Verbände, die die wunderschöne Donaustadt als Tagungsort erwählten, haben die Tendenzen unterstrichen, die den Reisen deutscher Minister nach Wien und den Austauschbesuchen der hauptstädtischen Stadtväter zugrunde lag. Nun kommt der österreichische Bundeskanzler Schober in die Reichshauptstadt. Es ist gut, daß er diesen Besuch seiner Kommission so unmittelbar folgen läßt. Schwarzeleher haben die Verhandlungen Schobers mit Mussolini in bedenklichen und verdächtigen Kommentaren zum Anlaß genommen, um Trübungen und Missstimmungen in die Beziehungen der beiden Brudervölker zu tragen. Es war von einem Canossa-Gang die Rede. Man munkelte von Geheimverträgen, in denen der Anschlussvertrag festgelegt sein sollte. Der Aufenthalt des österreichischen Bundeskanzlers in Berlin wird die erwünschte Gelegenheit geben, die Trübungen zu klären, die Herzlichkeit der Beziehungen zu beleben und den Wünschen hüben und drüben, die zueinander drängen, neue Wege der Verwirklichung zu suchen.

Es kommt eine eigenartige und markante Persönlichkeit, die schon eine gewisse Weltberühmtheit hatte, ehe sie in die Reihe der Staatsmänner eintrat. Das unscheinbare Gebäude des Polizeipräsidiums am Schottenring in Wien war der Ausgangspunkt, von dem Schober seine Karriere nahm. Der etwas untersetzte Mann mit dem weißen Spitzbart, dem kurzgeschorenen zurückgebürsteten Haar und dem Kreuzer, der äußerlich durchaus einen vornehmen Beamtentyp darstellt, und dessen Wesen stille Freundlichkeit und ruhige Energie ausstrahlt, hat denn auch ohne weiteres nach seiner ersten Kanzlerschaft den Weg vom Ballplatz zum Schottenring zurückgenommen. Auf dem Internationalen Polizeikongress waren es im wesentlichen seine Erkenntnisse und seine Initiative, die die Posten aus Landesbehörden zu einer Weltbehörde mit der Möglichkeit internationalen Wirkens im Kampf gegen das Verbrechertum machen. Als dann die innerpolitischen Gegensäcke in Österreich in allmählichem, aber scheinbar unaufhaltsamem Anwachsen zur explosiven Krise strebten, da richteten sich die Augen aller ruhebedürftigen und aufbaumöglich Elemente in Österreich, aller besorgten Freunde des Landes wieder auf den Mann, der sich schweigend jeder Einmischung in die Politik enthalten, aber die Polizeigewalt des Landes innerlich absolut gesetzt und in seiner Hand konzentriert hatte. Die Putschisten hofften auf seine Neutralität und glaubten vielleicht schon, den Diktator gefunden zu haben, als die Parteien in höchster Not ihn als Nachfolger von Streuerwijk beriefen. Die Sicherheit und Ruhe, mit der er dann das Land aus der höchsten Gefahrnähe des Bürgerkrieges zur inneren Beruhigung und zur weitgehenden geistigen Abrüstung zurückgeführt hat, haben ihm weit über die Grenzen seines Landes hinaus die Anerkennung höchster staatsmännischer Qualitäten gebracht, die er im Haag und in Rom aufs außenpolitische Gebiet erweitern konnte. Jetzt kommt er nach Berlin als Vertreter eines Landes, das in sich wieder so konsolidiert erscheint wie seit Jahren nicht, das von Kriegskosten und von fremder Bevorzugung befreit ist und das darum, wenn es um den Anschluß geht, nicht mehr als Bettler vor den Toren des Deutschen Reiches zu erscheinen braucht.

Wer Schober kennt, der weiß, daß es ihm um die staatsrechtlichen Folgerungen aus dem einheitlichen Volksbewußtsein ernst ist, daß er keine Phrasen mache, als er nach seiner Heimkehr von Rom von der in tausendjähriger Geschichte erhärteten Volks- und Blutgemeinschaft der Deutschen in Österreich und im Reich und von seinem Willen zur Einheit sprach, an dem er von niemandem rütteln lasse. Schober ist aber auch nicht der Mann, der es bei Reden bewenden läßt, wenn er ein Ziel im Auge hat. Eines der schwierigsten Kapitel der deutsch-österreichischen Beziehungen stellen die Handelsvertragsverhandlungen dar. Es ist beinahe tragikomisch, daß die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zwischen zwei Ländern, die ihre wirtschaftliche Verschmelzung vorbereiten wollen, sich langwieriger und schwieriger gestaltet haben als alle Handelsvertragsverhandlungen sonst. Es ist richtig, daß die Besseln der Friedensverträge sich an diesem Punkte besonders schmerzlich fühlen, daß jede Begünstigung, die Deutschland Österreich und Österreich Deutschland gewährt, durch die Auswirkung der Meistbegünstigungsklausel für das eine oder für das andere Land sich zu einer wirtschaftlichen Bedrohung auswachsen kann. Aber Schober hat ganz recht, wenn er kürzlich sagte, daß dann eben den „Sachverständigen“ die Dinge schließlich aus der Hand genommen werden müssten, wenn sie vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr erblicken könnten, und daß die Politiker sich mit der Auffassung zusammenfinden müssten, daß ein Weg zu finden sei, wo der Willen gegeben. Wenn Schobers Berliner Reise an diesem Punkte die Dinge in Fluss bringen kann, so würde sich seine Reise reichlich lohnen. Schließlich haben

doch auch schon andere Staaten im Nachbarverkehr eine Sonderstellung durchgesetzt, die nordischen Staaten, Spanien und Portugal, die Randstaaten und England bezüglich seiner Dominions. Das müßte doch einmal erst festgestellt werden, ob eine Weltwirtschaftskonferenz sich selbst so desavouieren würde, daß sie solchen Bestrebungen für alle Dauer einen unüberwindbaren Damm entgegenstellt. Für Deutschland und Österreich ist die wirtschaftliche Angleichung mit dem Ziel der Verschmelzung die wichtigste Etappe zum bedeutsamsten nationalpolitischen Endziel. Wenn Schober mit neuen Auseinandersetzungen kommt, werden sie nicht auf unfruchtbaren Boden fallen.

## Doch ein Junctum.

Berlin, 20. Februar. (PAT) Amtlich wird gemeldet: Das Reichskabinett beschloß in seiner heutigen Sitzung nach Abhörung des Berichts des Außenministers Curtius über das bisherige Ergebnis der Beratungen in den vereinigten Reichstagskommissionen über den Young-Plan und das deutsch-polnische Liquidationsabkommen im Einklang mit den Aussführungen des Außenministers, es bei den früheren Beschlüssen in dieser Angelegenheit zu lassen.

Halbamtlich wird dazu weiter gemeldet, daß die Berliner politischen Kreise über den heutigen Beschuß des Reichskabinetts ihre Befriedigung zum Ausdruck bringen. Der Beschuß des Reichskabinetts bedeute die Aufrechterhaltung der politischen Zusammengehörigkeit des Warschauer Abkommens mit dem Young-Plan. Die politischen Kreise weisen darauf hin, auf diese Weise sei es gelungen, die Gefahr der Vertragung des Termins für das Inkrafttreten des ganzen Komplexes der Haager Verträge zu vermeiden und darüber hinaus dem deutschen Element in Polen zum mindesten den Schutz zu sichern, der unter den heutigen Verhältnissen möglich ist. Wichtig sei dabei die Frage, ob es möglich sein wird, die Haager Verträge mit dem Warschauer Abkommen verbunden im Reichstag durchzubringen. Vor einigen Tagen zeigte sich, wie das Communiqué weiter ausführt, in der Deutschen Volkspartei und im Zentrum eine Tendenz gegen ein Junctum dieser beiden Verträge. Inzwischen hat der Kontakt, den die Regierung mit der Kommission anknüpft, die zurzeit mit den Haager Fragen beschäftigt ist, es zumeist gebracht, daß diese Ansichten sich wieder ändern. Wie in den Berliner politischen Kreisen angenommen wird, hat jedenfalls das Reichskabinett die Überzeugung gewonnen, daß das politische Abkommen trotz des Junctums eine Mehrheit im Reichstag finden werde.

Zum Schluß weist das Communiqué darauf hin, daß eingeweihte Kreise kategorisch der Angabe widersprechen, als ob in Paris und in Warschau diplomatische Schritte bezüglich der Beseitigung des Junctums unternommen worden wären. Die deutschen politischen Kreise weisen darauf hin, das Reichskabinett habe einen anderen Beschuß gar nicht fassen können, und zwar sowohl aus sachlichen Gründen nicht wie auch mit Rücksicht auf den bisherigen Standpunkt der Reichsregierung in dieser Frage.

## Vie polnische Auffassung: das Liquidationsabkommen gehört zum Young-Plan.

Warschau, 20. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die polnische „Gazeta Polska“ stellt fest, daß das Junctum zwischen dem deutsch-polnischen Abkommen und dem Young-Plan gar keinem Zweifel unterliegen könne. Diese Tatsache sei übrigens in Artikel 1 und 6 des Abkommens klar zum Ausdruck gebracht worden. Der Wortlaut des Art. 6 besagt, daß das Abkommen und sein Schlusprotokoll gleichzeitig mit dem Young-Plan ratifiziert und in Kraft gesetzt werden solle. Der Streit darüber, ob es sich um ein politisches oder juristisches Junctum handle, ändere nichts an der Sache selbst. Die Tatsache könne durch keine sophistische Deutung beseitigt werden. Die Deutsche Regierung habe also in dieser Beziehung gar keine Wahl. Unter diesem Gesichtspunkt könne das Gerücht über einen angeblichen deutschen Schritt bei der Französischen Regierung nur als Veruchssballon gewertet werden, durch den ein Druck auf Polen im Hinblick auf die Handelsvertragsverhandlungen ausgeübt werden soll.

## Mittrauensantrag gegen die Preußische Regierung.

Debatte über das Liquidationsabkommen mit Polen.

Berlin, 20. Februar. (PAT) In der gestrigen Sitzung des Preußischen Landtages fand die Aussprache über den von den Deutschen eingebrochenen Antrag statt, dem Ministerpräsidenten Braun das Mittrauenvotum aus dem Grunde auszusprechen, weil die Vertreter der Preußischen Regierung entgegen dem ausdrücklichen Beschuß des Landtages im Reichsrat für das Warschauer Abkommen gestimmt hatten. In der Diskussion nannte der deutsche Abgeordnete Wintersfeld das Junctum zwischen dem Warschauer Abkommen und dem neuen Haager Plan unerhört und betonte, daß in der Meinung des Auslandes der Abschluß des Liquidationsabkommens mit Polen als

das Einverständnis Deutschlands angesehen werde, Polen den Korridor zu belassen. In Beantwortung der Vorwürfe der Deutschenationalen hob Ministerpräsident Braun hervor, daß er sich im gegenwärtigen Stadium der internationalen Verhandlungen nicht berechtigt fühle, die günstige und schädliche Seite des Young-Plans zu besprechen, zumal sich gegenwärtig mit dieser Frage die politische Kommission des Reichstages beschäftigt. An den Verhandlungen um das Liquidationsabkommen hat, sagte der Ministerpräsident, die Preußische Regierung nicht teilgenommen, und sie ist auch nicht genau über die Motive informiert, die die Reichsregierung im letzten Augenblick bewogen haben, das Abkommen mit Polen abzuschließen. Preußen hat auch nicht seinen Vertreter zur Haager Konferenz entsandt, nichtsdestoweniger aber muß aus den von der Reichsregierung veröffentlichten Einzelheiten dieses Abkommens angenommen werden, daß die Deutsche Regierung die allgemeine Pazifizierung der Verhältnisse anstrebe, die eine unumgängliche Bedingung einer fruchtbaren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen Nachbarn ist.

Zu der Frage der Ostgrenzen könnte man einen Standpunkt einnehmen, wie es jemand beliebt, was mich betrifft, fuhr Herr Braun fort, so bin ich der Meinung, daß diese Grenzen unnatürlich, in wirtschaftlicher Hinsicht schädlich und ungerecht sind, sie bestehen aber als eine politische Konsequenz der Kräfteverteilung der Mächte. In der Politik muß man mit dieser Kräfteverteilung der Mächte rechnen und deswegen habe ich es so verstanden, daß die Reichsregierung friedliche Beziehungen mit unserem polnischen Nachbarn anstrebt, da andauernde Konflikte beiden Seiten Schaden bringen. Die Preußische Regierung hat große Zweifel über den Inhalt des Liquidationsabkommens mit Polen und war bereit, diesem gegenüber einen vollkommen negativen Standpunkt einzunehmen. Nach eingehenden Beratungen mit der Reichsregierung ist sie jedoch zu der Überzeugung gekommen, daß die Annahme des Warschauer Abkommens im Interesse Deutschlands, vor allem aber im Interesse der deutschen Minderheit in Polen liege.

## Gesandter Rauscher nach Berlin abgereist.

Warschau, 20. Februar. (PAT) Heute vormittag um 9.30 Uhr ist der deutsche Gesandte Rauscher nach Berlin abgereist.

## Quo vadis, Polonia?

Im Senat hielt der deutsche Senator Dr. Pant-Königshütte zum Statut des Innenministers folgende Rede: Mehrere Redner haben sich im Laufe der Diskussion über das Verhältnis der Verwaltungsbehörden zu den Minderheiten und über das Minderheitenproblem als solches geäußert. Alle haben die Notwendigkeit des Zusammenlebens der einzelnen Volksgruppen innerhalb des Staates betont und darauf hingewiesen, daß den Minderheiten die Gleichberechtigung mit dem Mehrheitsvolke gebührt. Derartige programmatische Äußerungen wurden schon des öfteren bei verschiedenen Gelegenheiten gemacht. Die Taten und die Wirklichkeit sind jedoch im schärfsten Widerspruch zu all den schönen Reden. Ich glaube auch nicht, daß in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren eintreten wird, denn

das wirkliche Programm lautet:

„Ausrottung der Minderheiten“,

so wie es einst der gewesene Minister Sikorski offen verkündet hat. Wir haben in Polen kein Minderheitenministerium, aber in einem gewissen Sinne könnte man das Innenministerium als ein Minderheitenministerium bezeichnen, nämlich in dem Sinne, daß sich in einer Abteilung dieses Ministeriums die ganze Aktion gegen die Minderheiten konzentriert. Dem Innenministerium sind nicht nur die Verwaltungsbehörden untergeordnet, sondern auch die Finanz-, Gerichts-, Unterrichtsbehörden usw. Von Innenministerium bzw. von seinen Organen aus erfolgt die Benutzung der Steuern für die Angehörigen der Minderheit, die Regelung des Schulwesens der Minderheit usw.

Nur der Staat kann als stark bezeichnet werden, der feste moralische Grundlagen hat. Das gegenwärtige System geht jedoch in einer anderen Richtung, nämlich in der Richtung der

Demoralisierung der Gesellschaft.

Wenn man aufrichtig sein wollte, müßte im Budget des Innenministeriums ein Posten verzeichnet sein: für Zwecke der Demoralisierung, und dieser Posten würde bestimmt eine namhafte Höhe erreichen. Insbesondere versucht man die nationalen Minderheiten zu demoralisieren, um auf diese Weise ihre Widerstandskraft zu lähmen; man kauft sich gewisse Individuen, welche die geschlossenen Reihen der einzelnen Minderheiten spalten sollen. Mit staatlichen Mitteln werden diese Organisationen finanziert, ich verweise nur auf den sogenannten „deutschen“ Kultur- und Wirtschaftsbund und auf sein Organ, das „Neue Schlesische Tageblatt“. Besser wäre es, wenn man diese Summen, die die Schenungsorganisationen erfordern, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwenden würde oder wenn sie solchen Renten zukommen, die durch ihre Armut den Anspruch auf Unterstützung verdienen.

Die Wojewodschaft Schlesien wird als das Fenster Polens nach dem Westen bezeichnet. Durch dieses Fenster schauen nicht nur unsere Nachbarn, sondern ganz Europa und das, was sie sehen, ist nicht erfreulich.

#### Die oberösterreichische Bevölkerung lebt heute in Knechtschaft,

einer Knechtschaft, die viel härter ist, als die, über die sich die Polen beklagten. An der Spitze der Wojewodschaft steht ein Wojewode, der seinerzeit als ein Wunderkind bezeichnet wurde. Auch einige Starosten sind da, die ebenfalls diesen Namen verdienten. Das Wunder besteht aber darin, daß diese Leute ohne entsprechende Vorbildung, ohne die entsprechende Eignung in jungen Jahren zu so hohen verantwortungsvollen Posten gelangt sind, und wenn man dieses Wunder meint, so bleibt nur übrig ein Kind, das über ernste Menschen in ernsten Verhältnissen regiert.

Bei Gelegenheit der Anwesenheit des Herrn Ministers will ich auf einen unerhörten Vorfall hinweisen, der ein Bild gibt über die herrschenden Verhältnisse. Pater Gymnael kam auf Grund eines dreimonatigen Bistums aus Wien nach Polen, um religiöse Vorträge zu halten. Nach dem zweiten Vortrag wurde er zum Starosten gerufen und aus den Grenzen des Landes ausgewiesen, wie ein Verbrecher, und das geschieht in einem Lande, welches sich als katholisches Land bezeichnet. Die Ursache seiner Ausweisung kann nur darin gesucht werden, daß die Deutschen in Tausenden seinen Vorträgen gefolgt hatten.

Die Regierung und die Selbstverwaltungskörperschaften kämpfen mit Recht gegen das Bettelunwesen an. Auf der anderen Seite aber propagieren und protegieren die Behörden dieses Unwesens. Fast Sonntags für Sonntags kann man in den Straßen der Städte nettoefekte Bettler und Bettlerinnen sehen, die für verschiedene Zwecke Sammlungen veranstalten. Es ist dies ein Zustand, der einer Grobmacht, die doch Polen sein will, nicht würdig ist. Außerdem werden den schlecht bezahlten Beamten und Angestellten des Staates allmonatlich Beträgen für verschiedene Zwecke zwangsweise abgezogen. Ich bitte den Herrn Minister, durch ein Rundschreiben gegen dieses Übel anzukämpfen.

Es wurden hier verschiedene Hindernisse genannt, die einer Verständigung der Minderheiten entgegenstehen. Ein solches Hindernis, und vielleicht das grösste, liegt in der besonderen Einstellung der polnischen Seele.

Der Pole denkt zu sehr in nationalen Kategorien und zu wenig in staatlichen. Das polnische Volk ist zu gesund und zu stark, als daß es untergehen könnte. Aber der Polnische Staat hat in den letzten Zeiten so vielerlei und so schwere Krisen durchgemacht, daß man — wenn die Entwicklung so weiter geht — nicht rosig in die Zukunft sehen kann. Es wäre gut, wenn gerade jetzt in diesen schwierigen Verhältnissen, die das ganze Land durchlebt, sich auch der Innenminister einmal die Frage stellt:

#### Quo vadis, Polonia?

Das Minderheitenproblem in Polen muß eine gerechte Lösung finden. Je früher, um so besser. Denn das Volk sehnt sich nach Ruhe, es will leben. Und die Ruhe wird nicht eintreten, so lange man nicht den Minderheiten in Polen Gerechtigkeit widerfahren läßt.

#### Beschlagnahmte Akten.

Ein Nachspiel zu der Hausdurchsuchung im Bromberger Zentralbüro der deutschen Abgeordneten am 15. Oktober 1929.

#### Interpellation

des Abg. Graebe und anderer Abgeordneten des Deutschen Parlamentarischen Klubs an den Herrn Justizminister wegen widerrechtlicher Einbehaltung von Akten durch die Justizbehörden.

Am 15. Oktober 1929 hat in den Büros der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat in Bromberg, ul. 20 stycznia 87, ein Haussuchung stattgefunden. Nach Anordnung des Herrn Untersuchungsrichters beim Bezirksgericht in Bromberg vom 17. 10. 1929 wurde die Hausdurchsuchung angeordnet, weil bestehender Verdacht vorliegt, daß sich in den Büros Gegenstände befinden, welche Beweise für die von Mielke, Heidels und Gen. begangenen Vergehen bilden. Bei Gelegenheit dieser Haussuchung sind aus den Büros eine ganze Anzahl Schriften und Akten von den die Hausdurchsuchung vornehmenden Beamten beschlagnahmt und mitgenommen worden, obwohl sie gar nichts mit der Sache zu tun haben.

Inzwischen hat die Untersuchung gegen den Hauptgeschäftsführer unseres Büros, Herrn Studienrat Heidels, der zunächst sogar 5 Wochen verhaftet, dann aber freigelassen worden war, ergeben, daß keinerlei Vorwürfe gegen ihn zu erheben sind. Der Besluß des Bezirksgerichts Bromberg lautet:

„Der Untersuchungsrichter des Bezirksgerichts in Bromberg beschließt in der Angelegenheit gegen Friedrich Mielke und Gen. am 6. Februar 1930, gemäß Antrag der Staatsanwaltschaft, die Untersuchung gegen Friedrich Heidels im Sinne des Art. 272 § 1 des Strafgesetzbuches zu erledigen.“

#### Bearbeitung:

Die Untersuchung hat keinen Zusammenhang zwischen der Täterschaft der Angeklagten Mielke, Preuß und Buron einerseits und Heidels andererseits festgestellt. Auch hat die Untersuchung nicht ergeben, daß der Angeklagte Heidels mitbeteiligt war an dem vom Angeklagten Burchard begangenen Vergehen, insbesondere wurde nicht festgestellt, daß Heidels dem Wunsche Burchards um Finanzierung des von ihm organisierten Ausflugs nach Kongreßpolen nachgekommen ist. (—) Smyczynski, Untersuchungsrichter beim Bezirksgericht in Bromberg, für die Richtigkeit (—) Sekretär des Bezirksgerichts.“

Trotz dieser Feststellung ist es bisher nicht möglich gewesen, die uns fortgenommenen Akten wieder zurückzubekommen. Wir haben vielmehr feststellen müssen, daß dieselben allen möglichen Behörden zugesandt worden sind, um sich daraus für sie interessante Notizen zu machen. So z. B. sind unsere Agrarreformakten, die wir angelegt haben, um den Fortgang der Agrarreform zu verfolgen und Unterlagen für Verhandlungen mit dem Agrarreformminister zu verschaffen, den Landämtern in Graudenz und Posen zu gegangen, wo sie, wie erklärt wurde, wegen ihrer vorzü-

lichen Arbeit zu statistischen Zwecken herangezogen und abgeschrieben werden sollen. Inzwischen liegt unsere Arbeit still.

Auch unsere Kassenbücher, die wir dringend zum Jahresabschluß brauchen, sind einbehalten und verschickt worden, nebst einer Fülle von anderen Akten, die wir zur Fortsetzung unserer parlamentarischen Arbeiten gebrauchen. Dieses Verfahren widerspricht allen gesetzlichen Bestimmungen und stellt eine vollkommene Willkür der richterlichen Behörden dar, denen nicht die Berechtigung zusteht, dieses Material den Verwaltungsbehörden zu übergeben.

- Wir fragen daher den Herrn Justizminister an:
1. ob er Kenntnis davon hat, daß die beschlagnahmten Akten immer noch nicht zurückgegeben sind,
  2. ob er bereit ist, den Herrn Untersuchungsrichter in Bromberg anzuweisen, die Akten alsbald an die Büros der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat zurückzugeben,
  3. welche Schritte er getan hat, um für die Zukunft derartige Übergriffe zu unterbinden?

Warschau, den 18. Februar 1930.

#### Die Interpellanten.

#### Minderheitsfragen im Verfassungsentwurf des Linksblocs.

Warschau, 20. Februar. In der Dienstag-Sitzung der Verfassungskommission des Sejm wurde die Aussprache über die eingebrochenen Anträge auf eine Reform der Verfassung fortgesetzt. Bei dieser Gelegenheit gab der Abgeordnete Niedzialkowski (PPS) der Befürchtung Ausdruck, daß der Entwurf des Regierungsklubs aus Polen einen hermetisch verschlossenen Kreisel machen wolle. Sämtliche realen Kräfte, die im Staate existieren, müßten im Rahmen der Struktur dieses Staates behandelt werden, um sie geeignet zu machen, die Verantwortung für diesen Staat zu tragen. Das Projekt der Poles möchte aus Polen einen Nationalstaat machen. Der Streit darüber sei jedoch kein dogmatischer Streit, sondern ein Streit mit den Tatsachen; denn man könne bei dem Bau der Staatsstruktur weder die Grenzen, noch die Tatsache ignorieren, daß in Polen die anderen Nationalitäten 30 Prozent ausmachen. Das Projekt des Linksklubs löse nicht definitiv dieses Problem, weise jedoch die Richtung, in der diese Lösung gefunden werden müßte. Es soll der Verfassung gemacht werden, diese Gruppen fremder für die polnische Staatslichkeit dadurch zu gewinnen, daß man sie zwingt, eine gewisse Mitverantwortlichkeit für den Staat zu übernehmen. Es handle sich darum, daß sich diese Gruppen im Rahmen der Republik Polen nicht als ein fremder Faktor fühlen. Der Redner hält diesen Versuch für den einzigen realen.

#### Die Gewerbesteuer in der Geheimkommission

Warschau, 20. Februar. (PAT) Heute fand eine Sitzung der Unterkommission der Finanzkommission in Sachen der Gewerbesteuer statt. Über den Antrag des Nationalen Klubs referierte der Abgeordnete Lewandowski, und über den Regierungsentwurf der Abgeordnete Chodzynski. Im Laufe der Diskussion erklärte Finanzminister Matuszewski, daß weitere Änderungen des beschlossenen Budgets nicht möglich seien. Alle möglichen Änderungen seien schon in dem Regierungsentwurf enthalten. Nach diesem Entwurf würden die Mindereingänge aus der Steuer für das Jahr 1930/31 32 Millionen Zloty betragen, und für das Jahr 1931/32 90 Millionen Zloty.

Die Finanzkommission des Sejm nahm einen Antrag des Abgeordneten Masner an, die Regierung aufzufordern, die nachgeordneten Behörden im Sinne einer Entscheidung des Obersten Gerichts dahin zu informieren, daß Handwerksstätten, die nur von dem Eigentümer geleitet werden, mit Zuhilfenahme höchstens einer gemieteten Hilfskraft oder eines Familienmitglieds nicht zur Zahlung der Gewerbesteuer, weder in Form des Patents noch in Form der Umlaufsteuer, verpflichtet wären.

#### Die Geschichte der Dispositionsfonds.

Warschau, 20. Februar. Während der Beratungen der Sub-Budgetkommission legte der Abgeordnete Kordecki in seinem Referat über die Rechnungsaufschlüsse für das Wirtschaftsjahr 1926/27 u. a. folgende Aufstellung vor:

Die Dispositionsfonds betrugen im ersten Quartal 1926 3.034.358 Zloty, in den vier folgenden Vierteljahren 22.395.862 Zloty. Der Betrag stieg somit um mehr als 10 Millionen, d. h. um über 80 Prozent. Der Dispositionsfonds des Innenministers betrug im ersten Vierteljahr 750.000 und in den vier folgenden Quartalen 8.999.968 Zloty, stieg also um acht Millionen. Der Dispositionsfonds des Außenministers stieg über die Norm des ersten Quartals um 3,5 Millionen und der Propagandafonds um 300.000 Zloty. Der Dispositionsfonds des Kriegsministers stieg über die Norm des ersten Quartals hinaus um 500.000 und der Fonds des Finanzministers um 70.000 Zloty. Gegensüber dem Jahre 1925 erhöhten sich die Dispositionsfonds für das Wirtschaftsjahr 1926/27 um 10.122.000 Zloty.

#### Chautemps bildet die Regierung.

Paris, 20. Februar. (PAT) Chautemps übernahm endgültig die Mission zur Kabinettbildung. Er erklärte den Vertretern der Presse, daß Briand sich bereit erklärt hat, mit ihm im Kabinett zusammenzuarbeiten; dagegen hat Tardieu die Mitarbeit abgelehnt.

#### Offener Brief an Marshall Piłsudski.

Russische Frauen bitten um Begnadigung des Mörders von Wojlow.

Moskau, 20. Februar. Die „Nowoje Wremja“ veröffentlicht einen offenen Brief des Nationalverbands der russischen Frauen an Marshall Piłsudski, in dem es heißt:

Im Zusammenhang mit der Verurteilung des Woywoda Koworda wegen Ermordung des Gesandten Wojlow erklärt der Verband, Koworda soll angeblich dem polnischen Gericht gesagt haben, daß er Wojlow nicht in dessen Eigen-

**Iste** Eau de Cologne Parfums, Toilette-Seifen  
empfehlen sich der Qualität wegen von selbst.

schaft als Gesandter, sondern als Mörder des Barons Nikolaus II. getötet habe. Das polnische Gericht soll jedoch dieser Erklärung keinen Glauben geschenkt haben, da die polnischen Behörden durch Tschitscherin irrtümlich informiert waren, der versichert hatte, daß Wojlow an dem Baronmord nicht beteiligt gewesen sei. Diese Beteiligung wurde jetzt durch die Enthüllungen Biesiedowskis festgestellt und dieser Umstand zwingt den Verband, sich an Marshall Piłsudski mit der Bitte zu wenden, das Los des Koworda zu erleichtern.

Der Verband ist der Meinung, daß der Charakter der Tat Kowordas durch die Feststellung der Teilnahme Wojlows an der Ermordung des Barons ein ganz anderer geworden ist. Das polnische Volk, das soviel Rächer für die nationale Sache hervorgebracht hat und Marshall Piłsudski, der um die Freiheit des polnischen Volkes kämpft, müßten die Beweggründe der Tat Kowordas verstehen. Der Verband wendet sich an Marshall Piłsudski mit der Bitte, Koworda zu begnadigen und ihm die Möglichkeit zu geben, die Grenzen Polens zu verlassen.

#### Todesurteil gegen 25 Rabbiner in Russland.

Warschau, 20. Februar. Der Oberrabbiner aus Grodzisk, der in Warschau wohnt, hat gestern dem „Maz Pragel“ zufolge aus Russland die alarmierende Meldung erhalten, daß in den aller nächsten Tagen das Todesurteil gegen 25 Rabbiner vollstreckt werden soll, die unter der Anklage der Spionage gestanden hatten. Unverzüglich nach dem Empfang dieser Meldung wurden in Warschau entsprechende Schritte eingeleitet, um die Vollstreckung des Urteils zu verhindern. Gleichzeitig richtete das Vilnaer Rabbinat Telegramme an verschiedene Institutionen und Persönlichkeiten in Europa und Amerika.

#### Ghelsons Leiche geborgen.

New York, 20. Februar. Die Leiche des Fliegers Ghelson, der im November vorigen Jahres dem in der Behringstraße eingefrorenen Dampfer „Ramat“ in Begleitung eines Mechanikers Lebensmittel überbringen wollte und seitdem verschollen war, wurde jetzt unter den Trümmern seines Apparates mit seinem Kameraden aufgefunden. Offenbar wurden die beiden Flieger beim Absturz ihrer Maschine auf der Stelle getötet.

#### Aus dem Bromberger Stadtparlament.

Annahme des Zusatz-Budgets. — Die Wünsche der deutschen Bevölkerung wieder einmal unbeachtet gelassen.

Bromberg, 21. Februar. Die Arbeitslosigkeit, die in unserer Stadt herrscht, hatte dem Großteil der Beratungen in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung ihr Gepräge gegeben. Fast bei allen Punkten der Tagesordnung wurde die Not der Arbeitslosigkeit unterstrichen und betont, daß man unbedingt für Abhilfe sorgen müsse. Dazu bot

#### das Zusatzbudget,

das zur Beratung stand, besondere Gelegenheit. Der Stadtverordnete Pawłowski (PPS) wies darauf hin, daß in diesem Budget für die Leibesertüchtigung abermals 22.000 Zloty eingefügt seien, die für die Arbeitslosen verwendet werden müßten. Ein diesbezüglicher Antrag wurde angenommen, ferner ein Antrag des gleichen Stadtverordneten, der vom Magistrat eine Verbilligung des Verwaltungssapparates forderte. Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, daß jetzt

im Elektrizitätswerk drei Direktoren sitzen, während zu Zeiten der Lokalbahngesellschaft dort ein Direktor und ein Buchhalter die gleiche Arbeit geleistet haben.

Man forderte, daß bei einer Reduzierung des Verwaltungspersonals erfolgen müsse. Bei Streichung eines Direktors im Elektrizitätswerk könnten 50.000 Zloty gespart werden.

Außerdem wurden 22.000 Zloty für die Arbeitslosenunterstützung eingefügt.

Dafür mußten aber die bereits gestrichenen 40.000 Zloty von den Steuereingängen wieder eingefügt werden. Gestrichen wurden 2700 Zloty für Telephongebühren, 3000 Zloty für einen Fachmann zur Überprüfung der Zentralheizung, 6000 Zloty aus dem Etat des Museums. Nach diesen Änderungen wurde das Zusatzbudget angenommen.

Einen breiten Raum nahm in den Verhandlungen die Wahl eines evangelischen Geistlichen für das Diakonissenhaus

ein. In dem Testamente der Giese-Rasalski sowie in den neuen polnischen Statuten des Diakonissenhauses befindet sich die Bestimmung, daß dem Vorstand ein evangelischer Geistlicher angehören muß. In den letzten Jahren hatte diesen Posten Pastor Wurmback inne, der auch gleichzeitig die Seelsorge bei den Kranken versah. Vor etwa zwei Wochen wurde Pastor Wurmback auch von der Wahlkommission des neuen Stadtparlaments anstandslos auf seinem Posten belassen und die Wahl von der Stadtverordnetenversammlung angenommen. Dagegen hat jedoch plötzlich der Magistrat Einspruch erhoben mit der Begründung, daß Pastor Wurmback deutscher Staatsangehöriger sei. Formal war somit der Magistrat im Recht, obwohl nicht verständlich ist, warum Pastor Wurmback länger als ein halbes Jahrzehnt in seinem Posten anerkannt wurde, man ihm jetzt aber plötzlich Schwierigkeiten macht.

Bromberg, Sonnabend den 22. Februar 1930.

## Pommerellen.

21. Februar.

## Graudenz (Grudziądz).

Es war wieder einmal alles in bester Ordnung.

Am letzten Sonntag fand nachmittags in der evangelischen Kirche eine Trauung statt. Zur Verschönerung der Feier wickte auch ein Posaunenchor mit. Nachdem er schon während der Feierlichkeit im Gotteshaus selbst Choräle gespielt hatte, spielte er, nach Beendigung der Trauung, während der Hochzeitszug die Kirche verließ, noch vor dem Gotteshaus den Choral „Jesus, geh voran“.

Diese würdige, bei einem so wichtigen Lebensereignis, wie es eine Hochzeit ist, natürlich auch ernste Musik hat nun jemanden Anlaß gegeben, das Augenmerk der Sicherheitsbehörde auf die Hochzeitsmusikvorträge zu lenken. Am nächsten Tage erschien nämlich beim Küster der evangelischen Gemeinde ein Kriminalbeamter, um festzustellen, ob etwa — man denke! — am Sonntage vorher, also

am Festtage der zehnjährigen Zugehörigkeit Pommerells zu Polen vom Turm der evangelischen Kirche Tranermessen vorgetragen worden seien!!

Auf diese Frage wurde dann die der wahren Sachlage entsprechende, den einwandfreien Charakter der ernstfeierlichen religiösen Hochzeits-Posaunenchorvorträge klarlegende Antwort erteilt — zweifellos zur verständlichen Verwunderung des Beamten selbst. Der Fall ist aber charakteristisch für die Pflicht des Beamten, der die Behörde auf eine Disloyalität der bösen Deutschen, die sich auf die hier angegebene Weise zu entgegen haben sollte, aufmerksam machte und damit so kräftig vorbeigeschossen hat. Legen wir's zum Übrigen. \*

Die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung, die am Montag, 24. d. M., abends 8 Uhr, stattfindet, umfaßt außer den üblichen Kassenrevisionen folgende Punkte: Wahl von vier Mitgliedern des Rates der Stadtkasse, ferner eines Komitees für den Ausbau der Stadt, sowie von Stadträten; Anträge auf Abtretung von 2500 Quadratmetern Terrain zum Bau des Parochialhauses der katholischen Heiligen-Kreuz-Parochie; auf Abtretung von 2000 Quadratmetern Terrain an Herrn Felgenhauer im Austausch mit Terrain für die Wilsonskirche; auf Ankauf von 28 Quadratmetern Terrain von Frau Maria Zyborska zwecks Trottoirverbreiterung; auf Ankauf von 446 Quadratmetern Terrain von der evangelischen Kirchengemeinde zwecks Trottoirverbreiterung, sowie schließlich auf Ankauf von 90 Quadratmetern von Herrn Georg Adloff ebenfalls zur Bürgersteigverbreiterung. \*

Eine Revision der Grundneuer Bäckereien in bezug auf ihre hygienische Beschaffenheit fand durch eine Wirtschaftskommission dieser Tage statt. An der Prüfung nahmen u. a. Kreisarzt Dr. Bachowski, sowie vom Magistrat Obersekretär Kuja teil. Über das Ergebnis der sanitären Inspektion ist bisher noch nichts bekanntgegeben worden. \*

Die Graudenzer Volksküche hat in Anbetracht der traurigen Wirtschaftslage und im besonderen der großen Arbeitslosigkeit einen gegen sonstige Jahre bedeutend erweiterten Wirkungsbereich. Gegenwärtig gibt die Küche 2500 unentgeltliche Mittagsportionen aus, und zwar an 580 Arme, an 1800 keine Unterstützung erhaltende Erwerbslose, sowie an etwa 1000 Unterstützung beziehende Arbeitslose, die größere Familien haben und für welche deshalb die gewährten Beihilfen nicht ausreichend sind. Neben der Erteilung des Mittagessens gewährt die Volksküche ihren Tischgästen Brot sowie Milch für kleine Kinder. Bekanntlich besteht die Absicht, auch in der Culmer Vorstadt eine Volksküche zu errichten, oder, wenn das mit Rücksicht auf die Kosten nicht anaängig sein sollte, aus Feldblättern an Bedürftige Essen zu verabreichen. Hoffentlich wird, zumal mit Rücksicht darauf, daß ja gerade in dieser Gegend der weitauß größte Teil der notleidenden Arbeitsschicht wohnt, der Plan der Ausdehnung der Ausgabe von warmer Speise auf den genannten Stadtteil baldst verwirklicht. \*

Häufige von Mißhandlungen ruhig ihres Weges gehender Menschen ereignen sich in letzter Zeit immer öfter. In der Schützenstraße (Marz. Focha) wurde eines Abends Leon Warneck. Oberbergstraße (Madgórna) wohnhaft, von mehreren ihm gänzlich unbekannten Personen ohne den geringsten Anlaß angemeldet und heftig geschlagen. Von dem Vorfall hat W. der Polizei Anzeige erstattet. — Sehr erwünscht wäre es, wie auch dieser Fall wieder darstellt, daß durch östere polizeiliche Patrouillengänge der Raufssturz verminderter Lämmel Schranken gezogen würden. \*

Nachnahme von Heflern. Im Zusammenhang mit den dieser Tage von der Kriminalpolizei vollzogenen Verhaftungen des Schaufersters usw. Einbrecherfestuels sind zugleich Arrestierungen von mehreren Personen erfolgt, die infolfern mit den Dieben gemeinfame Sache gemacht haben, als sie sich mit dem Verkauf von gestohlenen Gegenständen beschäftigt haben. Festgenommen und in Untersuchungshaft genommen worden sind: Antonia Krasińska, Jägerstraße (Mysłówka) 17, Adam Mroczkowski, Culmerstraße (Chelmńska), sowie Leon Kłopocki, Czarnecki-Kaserne. \*

Am letzten Polizeibericht wurde nur eine Person, und zwar ein Trunkener, festgenommen. — Gestohlen worden ist Franciszek Jarząbski, Pohlmannstraße (Mickiewicza) 6, sein 200 Zloty Wert besitzendes Fahrrad. — Zwei gebrauchte Jackets, sowie ein Paar getragene Schuhe wurden gefunden und auf dem 2. Polizeikommissariat abgeliefert. \*

## Vereine, Veranstaltungen etc.

Mit Zeppeln nach dem Nordpol. Die Kostümfrage soll bei dem Bühnen-Maskenball am Rosenmontag, dem 8. März, im Gemeindesaal der Teilnehmern kein Knöpferbrechen und keine großen Unkosten bereiten. Es ist eine internationale Kostümgefecht, die mit dem Zeppelin nach dem Nordpol fährt; es können daher alle Nationalkostüme und Volksstrachten vertreten sein. Auf der Zielle, auf der der Zeppelin niedergeht, ist blühender Sommer und die Mitternachtssonnenfeier ist ein Sommerfest, bei dem Sommerkleidung, aber auch einfache Touristenanzüge ver-

wendet werden können. Nur eine Bedingung macht die Festleitung: Mit den Mäntelkostümen und mit den hellen Sommerkleidern soll jeder Teilnehmer seine Sorgen und den täglichen Ärger ablegen und Humor und Übermut soll alle Fahrtteilnehmer beherrschen. Nach den vielen Enttäuschungen und wirtschaftlichen Verlusten haben wir alle das Recht, eine Nacht fröhlich zu sein. In einer Nacht Stunden zu verleben, die allen unvergänglich sein sollen. Wir noch keine Einladung erhalten hat, wende sich an den Vorsteher Arnold Krieble, Grudziądz, Mickiewicza 8, denn ohne Einladung werden keine Fahrkarten abgegeben. 12421 \*

## Thorn (Toruń).

Das Budget der Stadt Thorn für das Jahr 1930/31

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung am 19. d. M. in der Hauptrede mit dem Budget für das Jahr 1930/31. Zunächst wurde der neu gewählte Vizepräsident Jan Cieluch, der schon seinen Posten angetreten hat, von dem Stadtpräsidenten Bolt vereidigt. Sodann wurde der Magistrat ermächtigt, von dem Kredit, der vom Ministerium für öffentliche Arbeiten in Höhe von 700 000 Zloty zur Besteitung des Restes der ersten Rate (1 500 000 Zloty) von dem 3-Millionen-Anteil der Stadt Thorn an den Baukosten der neuen Weichselbrücke erteilt werden soll, Gebrauch zu machen.

In der Angelgenheit des Budgets referierte Ing. Kolek, der die einzelnen Positionen des Budgets durchging und mit denen des vorhergegangenen Jahres verglich. Das neue Budget in Höhe von 3 879 470 Zloty ist um 113 009 Zloty niedriger als das Budget des Vorjahrs. Da sich über die von der Budgetkommission der Stadtverordnetenversammlung vorgenommenen Änderungen eine längere Debatte entzündete, so konnte das Budget 1930/31 nur teilweise erledigt werden. Im Verlauf der Diskussion wurde beschlossen, einige Korrekturen nochmals an die Kommission zurückzugeben.

Schließlich wurden die Ausgaben mit den Abänderungen der Kommission für nachstehende Abteilungen angenommen: Abteilung I. Allgemeine Verwaltung 899 360 Zloty (Magistratsvorschlag 932 260 Zloty), d. h. 24,1 Prozent der Gesamtausgaben; II. Städtische Güter 57 524 Zloty (Mag. 97 400 Zloty), d. h. 1,4 Prozent; III. Kommunalunternehmen 97 375 Zloty (Mag. 100 505 Zloty), 2,4 Prozent; IV. Schulbildung 546 430 Zloty (Mag. 561 400 Zloty), 14,8 Prozent; V. Vermessung und Ausbausan der Stadt 33 298 Zloty (Mag. 37 320 Zloty), 0,8 Prozent; VI. Bildung 370 884 Zloty (Mag. 357 754), 9,8 Prozent; VII. Kultur und Kunst 85 278 Zloty (Mag. 85 228 Zloty), 2,2 Prozent; XI. Unterstützung für Handel und Gewerbe 4250 Zloty (Mag. 3750 Zloty), 0,12 Prozent; XII. 209 086 Zloty (Mag. 199 695 Zloty), 5,7 Prozent. — Die Gesamtsumme der Ausgaben für das Jahr 1930/31 ist mit 3 766 81 Zloty vorgesehen (Magistratsvorschlag 4 059 000 Zloty). Die nächste Stadtverordnetensitzung, in der die Beratungen über das Budget zu Ende geführt werden sollen, findet am Mittwoch, dem 26. d. M., statt. \*

Lebensmittelverteilung an die arme Bevölkerung. Auf Veranlassung des Pommerellischen Wojewoden fand am 16. d. M. anlässlich der Beinhälftefeier der Besiegerehrung Pommerells sowie der Anwesenheit des Staatspräsidenten eine einmalige Verteilung von Lebensmitteln an die arme Bevölkerung der Stadt Thorn statt, zu welchem Zwecke der Wojewode eine beträchtliche Summe aus dem Dispositionsfonds angewiesen hatte. Die Verteilung wurde vom Wohlfahrtsamt des Thorner Magistrats in den Räumen des Arbeitsvermittlungsamts in der Wallstraße vorgenommen und dauerte von 2 Uhr nachmittags bis 10.30 Uhr abends. Im ganzen wurden 3057 Personen beschient. Zur Verteilung gelangten 3000 Pfund Brot, 1500 Pfund Wurst und 1500 Pfund Speck. Pro Person entfielen hier von 1 Pfund Brot ½ Pfund Wurst und ¼ Pfund Speck. \*\*

Über 100 architektonische Denkmäler besitzt Thorn. Auf Grund der Verordnung des Staatspräsidenten aus dem Jahre 1928 über den Denkmalschutz muß jede Wojewodschaft ein Verzeichnis derjenigen Denkmäler anlegen, welche vom Augenblick ihrer Eintragung unter Denkmalschutz gestellt werden. Das Denkmalsregister umfaßt außer Kirchen und altertümlichen Gebäuden u. a. auch Wohnhäuser, die den Wert architektonischer Denkmäler besitzen. Es ist ein großes Verdienst der in Frage kommenden Behörde, daß sie zum Schutz und zur Kontrolle dieser Kulturdenkmalen Fachleute heranziehen. Ein Wohnhaus, welches von dem Konservator der Wojewodschaft als Denkmal anerkannt wird, unterliegt folgender Prozedur. Zunächst erhält der Eigentümer eine Benachrichtigung, gegen die er innerhalb 14 Tagen Einspruch erheben kann. Nach Ablauf dieses Termins wird der Antrag durch die Behörde an die Generalprokuratur in Posen zur Eintragung in das entsprechende Register. Von hier aus erfolgt eine Benachrichtigung des zuständigen Burgenrichters, das das bei dem Denkmalsverzeichnis registriert. Zu den Denkmälern rechnet alles, was außer altertümlicher Kunst einen wirklich kulturell-wissenschaftlichen Wert besitzt. Denkmäler können also außer Kirchen, Gebäuden, Schlössern, Mauern und Häusern auch alte Parkanlagen, Naturdenkmäler usw. sein. Im Bereich der Stadt Thorn rechnen zu den Denkmälern: die Johanniskirche (Sw. Jana), die Marienkirche (Sw. P. Marii), die Jakobskirche (Sw. Jakuba), die Pfarre bei der Marienkirche (gotischer Stil) sowie die Pfarre bei der Jakobskirche (Wiedererweiterung), die protestantische Kirche auf dem Altstädtischen Markt. Von charakteristischem Aussehen ist natürlich das Rathaus, dann die alte Schloßruine mit dem Fünfknopf, der Dämon, sowie unter den Wohnhäusern das Haus in der Bäckerstraße 39 (Cäsarburg), das in der Bäckerstraße 9 und viele andere. \*\*

Strasburg (Brodnica), 19. Februar. Sein 50 jähriges silbernes Jubiläum beginnt der Obermeister der Inn. Metzgermeister Schwarzkopf. — Durchgebräunt mit ca. 8600 Zloty war ein 18jähriger Lehrling der Getreidefirma Rolni. Das Geld hatte er von der Bank geholt, lebte sich dann auf die Bahn und vergnügte sich in Krakau und anderwärts. Die findige Polizei ermittelte ihn und übergab ihn dem hiesigen Gerichtsgefängnis. \*

„MIXIN“ —  
ist das beste u. billigste  
SEIFENPULVER

\* Tuchel (Tuchola), 20. Februar. Eine verhängnisvolle Autokatastrophe ereignete sich gestern nacht um 11 Uhr auf der Chaussee Tuchel-Bromberg in der Nähe von Brzuchowo. Das Lastauto PM 5233 fuhr auf einen Fleischwagen auf, der völlig zertrümmert wurde. Dabei wurden die beiden Insassen des Wagens, der Fleischmeister Głowęzowski aus Tuchel und sein Geselle, getötet. Der hinzugerissene Arm konnte nur den Tod der beiden Fleischer feststellen. Eine Gerichtskommission begab sich sofort an den Ort des tragischen Zusammenstoßes. Die Chaussee war vorübergehend abgesperrt. Chojnice (Chojnice), 20. Februar. Holztermine finden wie folgt statt: Die staatliche Obersförsterei Laszhiesigen Kreises verkauft im Wege der öffentlichen Versteigerung am Dienstag, 25. Februar, um 10 Uhr vormittags im Lokale des Herrn Szamocik in Brzus Nutz- und Brennholz aus den Förstereien Mlynki, Uszki, Ważyn und Słuz. — Die staatliche Obersförsterei Chojenmühl, Kreis Wirsitz, verkauft am Montag, 24. Februar, um 10 Uhr vormittags im Lokale des Herrn Palusziewicz in Konarzyn Brennholz aus den Förstereien Byche, Chojenmühl, Kuysermühl und Lukomie. Die Verkaufsbedingungen werden am Tage des Termins bekanntgegeben. — Auf dem letzten Wochenmarkt wurde einer Frau Butter beschlagen, die die Polizei für gefälscht hielt und zur chemischen Untersuchung nach Posen sandte. — Die staatliche Obersförsterei Klausenau verkauft im Wege der Versteigerung am Mittwoch, 26. Februar, um 10 Uhr vormittags im Lokale des Gastwirts Jaszewski hier selbst (Goldener Löwe) Nutz- und Brennholz aus allen Revieren. Händler werden zu dem Verkauf nicht zugelassen.

## Aus Kongresspolen und Galizien.

\* Warschau (Warszawa), 20. Februar. Gold im Magen einer Henne. Dieser Tage kaufte eine Köchin eine Henne. Nach dem Schlachten stellte es sich heraus, daß im Magen der Henne außer verschiedenen farbigen Steinchen und einer Perlenschnalle eine goldene Kugel vorhanden war, deren Wert vom Juwelier auf ungefähr 50 Zloty geschätzt wurde. Auf welche Weise das Gold in den Hühnermagen geraten ist, bleibt Geheimnis der geschlagten Henne.

\* Warschau (Warszawa), 20. Februar. Das Kind klagt seinen Vater des Mordes an. Vor dem Strafgericht hatte sich der Landwirt Josef Woźniak aus dem

## Graudenz.

Rentabl. Haus  
zu kaufen gesucht, auch gegen Barzahlung. Off. unter C. 2524 an die Geschäftsstelle Kriede, Grudziądz.

Richtl. Nachrichten.  
Sonntag, den 23. Febr. 30.  
(Segap.)  
Biasten. Nachm. 3 Uhr  
Gottesdienst und Feier d. hlg. Abendmahl. Pfarrer  
dient er.

Herbert Stoyke  
findet am Montag, dem 24. Februar 1930, nach mittags 3 Uhr, im Krematorium zu Danzig statt. 2526

Hedwig Stoyke geb. Birkholz.

3. Et. Dominium Rzadz,

Post Mniżek, Kreis Grudziądz.

den 20. Februar 1930.

Gesamtbildung

Die Eindächerung meines lieben Sohnes

Herbert Stoyke

findet am Montag, dem 24. Februar 1930, nach mittags 3 Uhr, im Krematorium zu Danzig statt. 2526

Hedwig Stoyke geb. Birkholz.

3. Et. Dominium Rzadz,

Post Mniżek, Kreis Grudziądz.

den 20. Februar 1930.

Gesamtbildung

Die Eindächerung meines lieben Sohnes

Herbert Stoyke

findet am Montag, dem 24. Februar 1930, nach mittags 3 Uhr, im Krematorium zu Danzig statt. 2526

Hedwig Stoyke geb. Birkholz.

3. Et. Dominium Rzadz,

Post Mniżek, Kreis Grudziądz.

den 20. Februar 1930.

Gesamtbildung

Die Eindächerung meines lieben Sohnes

Herbert Stoyke

findet am Montag, dem 24. Februar 1930, nach mittags 3 Uhr, im Krematorium zu Danzig statt. 2526

Hedwig Stoyke geb. Birkholz.

3. Et. Dominium Rzadz,

Post Mniżek, Kreis Grudziądz.

den 20. Februar 1930.

Gesamtbildung

Die Eindächerung meines lieben Sohnes

Herbert Stoyke

findet am Montag, dem 24. Februar 1930, nach mittags 3 Uhr, im Krematorium zu Danzig statt. 2526

Hedwig Stoyke geb. Birkholz.

3. Et. Dominium Rzadz,

Post Mniżek, Kreis Grudziądz.

den 20. Februar 1930.

Gesamtbildung

Die Eindächerung meines lieben Sohnes

Herbert Stoyke

findet am Montag, dem 24. Februar 1930, nach mittags 3 Uhr, im Krematorium zu Danzig statt. 2526

Hedwig Stoyke geb. B

# Wirtschaftliche Rundschau.

## Die kritische Lage von Industrie, Handel und Landwirtschaft.

Bericht der Landeswirtschaftsbank für Januar 1930.

Der soeben erschienene Bericht der Landeswirtschaftsbank für den Monat Januar enthält folgende Charakteristik der Wirtschaftslage in Polen:

Gegenüber dem Dezember ist im Monat Januar eine gewisse Verschärfung der Wirtschaftslage eingetreten, da von der Krise die Gebiete des Wirtschaftslebens erfasst wurden, die sich vorher in einer etwas besseren Lage befanden. Die Spannung auf dem Geldmarkt ist durchaus nicht gelinder geworden. Die Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung hat sich verschlechtert; ein Beweis dafür ist das Anwachsen der Wechselproteste in der Bank Polski. Der Druck auf den Kreditmarkt ruht in bedeutendem Maße von der Landwirtschaft her, in der die Krise eine Verstärkung erfahren hat, da im Januar trotz des Fortschreitens der weiteren Preissenkung für landwirtschaftliche Produkte auch eine sinkende Tendenz für tierische Produkte in die Erscheinung trat.

Auf einzelnen Gebieten der Industrie ist eine weitere Verschärfung der schwierigen Lage eingetreten. Die Kohlengruben kämpfen mit Schwierigkeiten infolge des verringerten Verbrauchs von Kohle, der auf den gelinden Winter zurückzuführen ist. In der Raphaisindustrie hat sich die Produktion verringert. Die Textilindustrie schrumpft auch weiterhin die Fabrikation ein, da außer dem Stillstand auf dem Inlandsmarkt im Januar auch eine Verringerung der Ausfuhr von Textilzeugnissen erfolgte. Der Arbeitsstand der metallurgischen und Maschinenindustrie war auch weiter ungünstig. Die Holzindustrie leidet weiterhin unter dem Absatzmangel im In- und Auslande. Die Zuckerindustrie hat eine Mindermenge von Zucker produziert, doch infolge des internationalen Preissturzes für Zucker versprechen die Ergebnisse der Kampagne nicht günstig zu werden.

Infolge der schlechten Lage der Landwirtschaft geriet auch die künftige Dungmittel-Industrie in eine nicht minder ungünstige Lage. Durch den Stillstand in der Bauindustrie hat sich die Beschäftigung der Mineralindustrie trotz der günstigen atmosphärischen Bedingungen verringert. Die Lage im Handel ist infolge der ungünstigen Umstände und der schlechten Zahlungsfähigkeit der Abnehmer auch weiterhin ungünstig. Die Zahl der Arbeitslosen ist bedeutend über den Stand des Vorjahrs hinaus größer geworden.

**Resultat der Holzabmmissionen der Oberforstdirektion in Posen.** Die Abmmissionen der Staatslichen Forstdirektionen für die Woiwodschaft Posen in der Zeit vom 1. Dezember 1929 bis zum 15. Januar 1930 haben folgendes Resultat ergeben (die nachstehenden Zahlen betreffen Lieferungen und Bauholz):

	Holzmenge in cbm	Durchschnittspr. für 1 cbm
Swieca	1.500,-	41,-
Hallefeld (Jasnepole)	700,00	46,25
Obernitz	303,04	53,04
Szepanowo	1.225,67	46,65
Motolin (Motolina)	1.000,-	43,19
Bolewiz	4.611,80	52,40
Promno	1.374,01	48,-
Storzenec	3.890,59	43,98
Taubenmalde (Goląbki)	2.623,47	43,84
Zielonka	6.890,92	43,-
Urowo	1.144,39	48,-
Podanin	4.819,01	41,20
Lusznicz (Luszniczowice)	710,86	46,50
Głusinica	1.250,08	40,50
Birke (Sieraków)	604,81	51,20
<b>Insgesamt</b>	<b>32.678,96</b>	<b>45,-</b>

**Zusammensetzung der Erdruhthändler.** Dieser Tage fand in Warschau auf Initiative des Centralverbandes polnischer Kaufleute eine Konferenz der polnischen Erdruhthändler statt. Nach eingehender Diskussion wurde beschlossen, eine eigene Organisation ins Leben zu rufen, die dem genannten Centralverband als Sektor der Erdruhthändler angelassen werden soll. Zum Vorsitzenden wurde Stanislaw Barczkowski, zu seinem Stellvertreter Kazimierz Borkowski gewählt.

**Stockung im Teeeschäft.** Der polnische Teehandel gestaltete sich in den letzten Wochen unter dem Zeichen einer scharf ausgeprägten Absatzstockung. Die im Jahre 1929 auf dem Inlandsmarkt abgesetzte Menge war etwa 10 % niedriger als im Vorjahr, ohne jedoch das Preisniveau zu beeinflussen. In Anbetracht der starken Konkurrenz von Seiten des Auslandes mussten die inländischen Engrosfirmen die Zahlungsbedingungen erleichtern und Kredite von 2-5 Monaten gewähren.

**Zunahme der Wechselproteste bei der Bank Polski.** Während in Łódź die Wechselproteste abgenommen haben, ist bei der Bank Polski im Monat Januar 1930 eine nicht unwesentliche Erhöhung der Wechselproteste eingetreten. Auf 397.240 Wechsel im Werte von 271.043.000 złoty entfielen 49.904 Stück protestierte Wechsel im Werte von 16.827.000 złoty. Somit ist der Prozentsatz der Proteste von 5,44 im Dezember auf 6,12 im Januar 1930 gestiegen. Der Nebeneffekt nach kommt an erster Stelle die Wechsel der Textilbranche, alsdann folgen Wechsel der Landwirtschaft und endlich die der verarbeitenden Industrie.

**Beschäftigungsgrad und Auftragsbestand in der Holzindustrie.** Im Dezember 1929 waren insgesamt 679 Betriebe der Holzindustrie tätig, während 188 Betriebe wegen Absatzmangel geschlossen haben. Von diesen Zahlen entfielen auf tätige Sägemühlen 464 und auf unbeschäftigte Sägemühlen 172. Die gesamte Holzindustrie Polens beschäftigte in diesem Monat 24.754 Arbeiter. Der Auftragsbestand in den polnischen Sägemühlen ist im Verhältnis von 4,6 Prozent als gut, von 31,5 Prozent als mittelmäßig und von 68 Prozent als schlecht zu bezeichnen.

**Sommerholztransit durch Polen.** In Stolpsee (polnisch-russische Grenze) ist der erste Holztransittransport in diesem Jahre (200 Waggons) eingetroffen. Da man eine starke Zunahme des Transitverkehrs für die Zukunft erwarten wird, wird in dieser Station ein spezielles Gleis für russisches Holz errichtet. Die erwähnten 200 Waggons sind für den deutschen Absatzmarkt bestimmt.

**Bor einer Kartellierung der Fournierindustrie.** In einem Interview erklärte der Generaldirektor der Fournierfabrik Lesznowa, daß angeblich der schwierige Lage auf dem Gebiete des Fournierabsatzes die beteiligten Kreise die Möglichkeit der Gründung eines Kartells ins Auge fassen. Eine erste Fühlungnahme mit Vertretern der einzelnen Fournierfabriken soll ein starkes Interesse für das Kartellierungsprojekt zeigen.

**Spezialwaggons für den Transport von gebogenen Möbeln in Polen.** Der aufständige Sonderausbau beim Staatslichen Eisenbahnen hat beschlossen, 50 Spezialwaggons für den Transport von gebogenen Möbeln und Körben einzubauen zu lassen. Dadurch will die polnische Staatsseisenbahn die Ausfuhr dieser Artikel nach dem Auslande fördern.

**Konkurse.**  
Dom Sportowy Poznań, St. Martinstraße 14. Über das Vermögen der Firma wurde mit dem 8. d. M. das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Czesław Lautsch, Poznań, Friedrichstraße (Poznań) 22, Glöcklertermine finden statt am 3. März und 7. Mai d. J. im Sekretariat des Kreisgerichtes, Abteilung IIa, 11 Uhr vormittags.

**Alexander Amasyl in Thorn.** Alstädtischer Markt 25. Über das Vermögen des Kaufmanns A. Amasyl wurde mit dem 8. d. M. das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Karl Mazur, Thorn, Mickiewicza 76. Gläubigertermine finden statt am 6. März und 25. April d. J., vormittags 11 Uhr, im Kreisgericht.

**X über das Vermögen der Firma Kazimierz Balcerowicz, Papierwarenfabrik, Graudenz.** Al. Markt, Hscha 2, ist am 14. d. M. das Konkursverfahren eröffnet worden. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Mayzel, Budkiewicza. Forderungen sind bis zum 12. März d. J. anzumelden. Erste Gläubigerversammlung am 14. März, 10.30 Uhr; ferner zwecks Prüfung der angemeldeten Forderungen am 9. April, 10 Uhr, auf dem Kreisgericht (Sad Powiatowy) in Graudenz.

**Zahlungsaufschub.**  
Der Firma Włodzimierz Nowakowski, Kolonialwarengeschäft, Graudenz, Toruńska 28, ist vom Kreisgericht ein dreimonatiger Zahlungsaufschub — bis zum 14. Mai d. J. — bewilligt worden.

## Geldmarkt.

Der Wert für einen Gramm reinen Goldes wurde gemäß Ver- fügung im "Monitor Polak" für den 21. Februar auf 5,9244 złoty festgestellt.

**Der złoty am 20. Februar.** Danzig: Ueberweisung 57,62 bis 57,77, bar 57,65-57,80. Berlin: Ueberweisung Warthau 46,85-47,05, Polen 46,85-47,05. Rattowitz 46,85-47,05, bar gr. 46,70-47,10. Zürich: Ueberweisung 58,07%, London: Ueberweisung 43,35, New York: 43,35-43,40, Oslo: 43,40, Paris 34,90-34,81, Prag: 43,35, Stockholm: 172,04, 172,47-171,61, Wien 125,64, 125,95-125,33, Italien 46,70, 46,82-46,88.

**Warthauer Börse vom 20. Februar.** Umlaue Verlout — Kauf, Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bratislava —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 337,75, 358,65-356,85, Ravan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 238,72, 239,32-238,12, London 43,35%, 43,46-43,23%, New York 8,94-8,92-8,83, Oslo —, Paris 34,90-34,81, Prag —, Riga —, Stockholm —, Schweiz 172,04, 172,47-171,61, Wien 125,64, 125,95-125,33, Italien 46,70, 46,82-46,88.

**Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 20. Februar.** In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London —, Gd. —, Br. New York —, Gd. —, Br. Berlin —, Gd. —, Br. Warschau 57,65 Gd. 57,80 Br. Noten: London 25,01 Gd. 25,01%, Berlin 122,683 Gd. 122,994 Br. New York —, Gd. —, Br. Holland —, Gd. —, Br. Zürich —, Gd. —, Br. Paris —, Gd. —, Br. Brüssel —, Gd. —, Br. Helsingfors —, Gd. —, Br. Kopenhagen —, Gd. —, Br. Warschau 57,62 Gd. 57,77 Br.

## Berliner Devisenkurse.

Distanz- läge	für drahtlose Auszah- lung in deutscher Mar- ke	Im Reichsmar- 20. Februar Geld	Im Reichsmar- 20. Februar Brief	Im Reichsmar- 19. Februar Geld	Im Reichsmar- 19. Februar Brief
4,5%	1 Amerika . . . . .	4,186	4,194	4,1885	4,1-65
5%	1 Eng land . . . . .	20,345	20,385	20,51	20,5-1
4%	100 Holland . . . . .	167,53	163,17	167,2	168,26
—	1 Araucanien . . . . .	1,76	1,58	1,58	1,592
5%	100 Norwegen . . . . .	111,7	112,9	111,93	112,15
—	100 Dänemark . . . . .	112,2	112,24	112,25	112,27
—	100 Island . . . . .	31,91	32,00	31,91	32,08
4,5%	100 Schweden . . . . .	112,27	112,43	112,29	112,61
3,5%	100 Lettland . . . . .	58,28	58,40	58,30	58,42
7%	100 Ita lie n . . . . .	21,905	21,945	21,90	21,94
3%	100 Frankreich . . . . .	16,37	16,41	16,375	16,415
3,5%	100 Schwei z . . . . .	80,72	80,8	80,76	80,92
5,5%	100 Spanien . . . . .	52,31	52,40	51,7	51,65
—	1 Bra ülien . . . . .	0,468	0,463	0,471	0,473
5,43%	1 Japan . . . . .	2,03	2,061	2,07	2,063
—	1 Kanada . . . . .	4,154	4,172	4,161	4,163
—	1 Uruguai . . . . .	3,66	3,674	3,669	3,674
5%	100 Dschedrowat . . . . .	12,394	12,414	12,397	12,417
7%	100 Finnland . . . . .	10,53	10,55	10,533	10,562
—	100 Estland . . . . .	111,49	111,71	111,40	111,71
—	100 Lettland . . . . .	80,64	80,80	80,64	80,80
8%	100 Portugal . . . . .	18,88	18,92	18,84	18,88
10%	100 Bulgarien . . . . .	3,027	3,033	3,027	3,033
5%	100 Jugoslawien . . . . .	7,371	7,371	7,371	7,385
7,5%	100 Oesterreich . . . . .	58,2	59,04	58,93	59,05
7,5%	100 Ungarn . . . . .	73,12	73,26	73,145	73,285
6%	100 Danzig . . . . .	81,32	81,43	81,33	81,43
—	1 Türkei . . . . .	1,893	1,897	1,893	1,902
9%	100 Griechenland . . . . .	5,415	5,425	5,415	5,425
—	1 Raito . . . . .	20,865	20,95	20,87	20,91
9%	100 Rumänien . . . . .	2,483	2,483	2,489	2,493
—	Warschau . . . . .	46,825	47,025	46,875	47,075

**Zürcher Börse vom 20. Februar.** (Umtlich.) Warthau 58,07%, New York 5,18%, London 25,19%, Paris 20,28, Wien 72,98, Prag 15,35, Italien 27,13%, Belgien 72,19, Budapest 90,61, Helsingfors 13,05, Sofia 3,75%, Holland 20,70, Oslo 13,55, Kopenhagen 138,72%, Stockholm 138,97%, Spanien 64,50, Buenos Aires 1,95%, Tokio 2,44%, Burelat 3,08, Athen 6,72, Berlin 123,72, Belgrad 9,12%, Konstantinopel 2,37%, Privatdiskont 3%, v.C.

**Die Bank Polak** zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,84 zł., do. II. Scheine 8,83 zł., 1 zł. Sterling 43,19/4 zł., 100 Schweizer Franken 171,36 zł., 100 iran. Franken 34,76 zł., 100 deutsche Mark 212,08 zł., 100 Danziger Gulden 172,60 zł., tschech. Krone 26,30 zł., österr. Schilling 125,1

Die am Montag stattgehabte Sitzung der Wahlkommission brachte aber bereits die Auflösung für dieses merkwürdige Verhalten. Seit ganz kurzer Zeit gibt es in Bromberg wieder einen vorläufig angestellten Seelsorger für die polnisch-lutherische Gemeinde, der aus Loda stammt und hierher zugewandert ist. Es handelt sich um Pastor Georg Kahane. Dieser wurde von den Vertretern der polnischen Rechtsparteien bereits in der Wahlkommission für den Posten des evangelischen Geistlichen im Diakonissenhaus vorgeschlagen. Die Vertreter der deutschen Fraktion schlugen Pastor Gauer vor. In der Wahlkommission wurde die Wahl Pastor Kahanes mit schwacher Mehrheit angenommen.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetensitzung stand nun die Feststellung des Vorschlags der Wahlkommission, Pastor Kahane in den Vorstand des Diakonissenhauses zu entsenden. Die deutsche Fraktion machte wiederum den Gegenvorschlag, Pastor Gauer zu wählen, der polnischer Staatsangehöriger sei. Den Vorschlag der deutschen Fraktion begründete Stadtverordneter Wiese, der etwa Folgendes ausführte:

In dem Testamente der Giese-Nafalski, die der Stadt vor etwa 50 Jahren die Anlagen geschenkt hat, welche jetzt Missionenvert besitzen, ist besagt, daß ein evangelischer Geistlicher dem Vorstand angehören muß. Die Stifterin selbst war evangelisch-unierten Bekennnis und führte deshalb keine besondere Spezialisierung der evangelischen Bekennnisrichtung an, weil evangelisch in jener Zeit gleichbedeutend mit Landeskirchlich, d.h. evangelisch-uniert war. Man könne sich deshalb nicht allein auf das Wort evangelisch stützen, sondern müsse auch den Sinn des Testaments berücksichtigen. Seit etwa 50 Jahren, d.h. seit Bestehen des Diakonissenhauses, wird das Amt des Seelsorgers und gleichzeitig das Amt des evangelischen Geistlichen im Vorstand stets durch einen Pastor der evangelisch-unierten Kirche ausgeübt. Gegenwärtig sind von den im Diakonissenhaus Heilung suchenden Kranken im Durchschnitt stets etwa 15–20 Prozent evangelisch-unierten Bekennnisses, der Rest ist katholisch. Die etwa 15 Pflegerinnen, die den Dienst im Diakonissenhaus ausüben, sind ebenfalls evangelisch-unierten Bekennnisses und unterstehen in konfessioneller Beziehung dem Konstitutum in Polen. Von der Bevölkerung der Stadt Bromberg sind über 6000 Personen Angehörige der evangelisch-unierten Kirche, während nur kaum 600 der polnisch-lutheranischen Gemeinde und annähernd 500 der deutsch-lutheranischen Gemeinde angehören. Wenn auch die Gegensätze zwischen den einzelnen evangelischen Bekennnisrichtungen keineswegs so groß wären, daß eine weitgehende Trennung herbeigeführt würde, so wäre es doch im höchsten Grade ungerecht, wenn gerade ein Vertreter der kleinsten Bekennnisgruppe in einem Unternehmen entsteht, das seiner ganzen Art nach konfessionell nicht zu seiner Gemeinde gehört. Das bedeutete Einschlüsse von Politik in eine Stätte, die sich in uneignungsvoller Weise die Pflege aller Kranken ohne Unterschied der Bekennnisse und der Nationalität (samt Testament!) zur Aufgabe gemacht hat. Aus diesem Grunde schlägt die deutsche Fraktion Pastor Gauer für den Posten vor, obwohl die Persönlichkeit Pastor Kahane über jeden Zweifel erhaben sei. Sicherlich würde Pastor Kahane, wenn er wüßte, daß seine Person zu derartigen politischen Machenschaften missbraucht wird, sich selbst für den Posten bedanken. Der Redner schloß mit einem Appell an das Gewissen aller Anwesenden, den Frieden im eigenen Hause zu wahren. In der gegenwärtigen Zeit, die dem Antichrist jenseits der Ostgrenzen unseres Staates Gewalt gibt, die christlichen Völker mit blutigem Frevel zu bedrohen, müßten konfessionelle Fragen besonders scharfstellend behandelt werden und müßte man vor allem darauf bedacht sein, den Frieden unter den einzelnen christlichen Konfessionen nicht zu föhren.

Hierauf antwortete Stadtv. Fiedler, Redakteur der „Gazeta Bydgoska“, in Ausführungen, die wert sind, für die Zukunft festgelegt zu werden. Mit einer an Sadismus grenzenden Triviotät behauptete er, der Sinn des Testamentes wäre ja doch schon dadurch entstellt, daß ein katholischer Geistlicher in den Vorstand des Diakonissenhauses entsteht worden sei, man könne also auch hinsichtlich des evangelischen Geistlichen erhöht weiter entstellen. Außerdem müßten überall da, wo es möglich wäre, die Deutschen bestellt werden, die Zeiten hätten sich eben geändert. Und dabei behauptete der Redner dann noch, daß durch den deutschen Antrag in diese Angelegenheit Politik hineingetragen würde!

Soweit die Ausführungen des Stadtv. Fiedler sachlich waren – was leider nur in sehr beschränktem Umfang der Fall war –, wurden sie sofort von den deutschen Stadtverordneten richtiggestellt.

Leider gab die Mehrzahl der anwesenden Stadtverordneten es zu, daß verkehrende, unreine Politik in die Angelegenheiten einer charitativen Anstalt getragen wurde. Mit 22 gegen 16 Stimmen wurde der Antrag auf die Wahl Pastor Kahane angenommen. Es muß bemerkt werden, daß einige wenige Angehörige der Rechtsparteien sowie die polnischen Mittelparteien nicht mitgestimmt haben, daß sogar einige Angehörige der polnischen Mittelparteien und die gesamte polnische Linke für den deutschen Antrag stimmten.

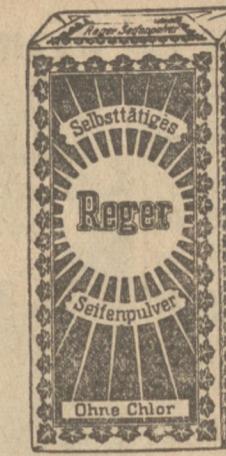
#### Neuregelung von Steuern.

Annahme fand nach längeren Diskussionen der Magistratsantrag auf Gewährung eines 100prozentigen Kommunalzuschlages zu der Grund- und Gebäudesteuer, die Änderung der Hundesteuern und die Änderung der Vergnügungssteuer. Die Hundesteuern hat eine Heraufsetzung erfahren. Der erste Hundekind kostet 80, der zweite 80 und jeder weitere 100 Bl. Steuer. Hunde, die zur Bewachung dienen, sollen auf besondere Anträge, denen der Magistrat nach Möglichkeit Rechnung tragen will, steuerfrei sein, ebenso die in den Vororten von Landwirten gehaltenen Hütehunde. Die Vergnügungssteuer ist herabgesetzt worden. Während die Steuer sonst von 5–50 Bloty gestaffelt war, so wird sie jetzt von 8–80 Bl. gestaffelt sein. Außerdem erhebt der Magistrat eine Gebühr von Garderobenabgaben, die höher als 50 Groschen sind.

Die Angelegenheit der Übertragung der Straßenbau-Kanalisations- und Lichtanlagekosten auf die Anlieger wurde einer besonderen Kommission überwiesen, der von den deutschen Herren der Referent dieser Sache, Stadtv. Jendrik, angehört.

An die öffentliche schloß sich eine geheime Sitzung an.

Neben-  
stehendes  
Paket  
wiegt  
garantiert  
**250 gr**



## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 21. Februar.

#### Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

#### Festnahme und Flucht einer raffinierten Schwindlerin.

Wir berichten fürztlich über die Verhaftung einer raffinierten Schwindlerin, die mit Hilfe falscher Legitimationen nicht weniger als sieben wertvolle Pelze in hiesigen Geschäften erbeutet hatte. Sie gab sich als Veronika Wiertelak aus. Bei einer Leibesvisitation fand man bei der Festgenommenen einen Ausweis auf den Namen Jozefa Trojanowska bzw. Trojnarowska, Schülerin der siebten Klasse des humanistischen Gymnasiums in Krakau, außerdem eine Bescheinigung, die mit der Schreibmaschine geschrieben und in polnischer Sprache abgefaßt war, aus der hervorging, daß die Trojanowska Lehrerin der polnischen Sprache beim Institut der Technischen Hochschule in Danzig sei. Diese Bescheinigung war mit einem Stempel folgender Inschrift versehen: „Außeninstitut der Technischen Hochschule Danzig.“ Auch dieser Stempel wurde bei der Verhafteten gefunden. Im Verhörl gab sie zu, den Stempel in Danzig während der Abwesenheit der Direktorin des Instituts gestohlen zu haben, zu der sie sich unter irgend einem Vorwand begeben hatte. Ferner fand man bei ihr noch eine gefälschte Legitimation auf den Namen Janina Walach, Absolventin des Mädchengymnasiums in Krośno vor. Schließlich wurde noch eine Bescheinigung entdeckt, die ebenfalls in polnischer Sprache abgefaßt war und folgenden Wortlaut hatte: „Hiermit bescheinige ich, daß Jozefa Trojanowska in der Lage ist, die durch sie gemachte Bestellung zu bezahlen, andernfalls erkläre ich mich bereit, die betreffende Summe selbst zu entrichten. (—) Unterschrift: Direktorin der Technischen Hochschule in Danzig. Dr. Karlska.“

Zudem hatte sie einen Dietrich, eine Feile und 20 Stück ihrer Photographien bei sich, die sie zur Fälschung der Legitimationen benutzt.

Im Laufe der Untersuchung wurde festgestellt, daß die Verhaftete auch durch die Posener Polizeibehörden gesucht wurde, wo sie unter dem Namen Sophie Fiebach aufgetreten ist. In Bromberg hat sie einen Herrn bestohlen, indem sie in dessen Abwesenheit einen Koffer gewaltsam öffnete und daraus 300 Bloty an sich nahm.

Da die Festgenommene mit einer ansteckenden Krankheit behaftet war, mußte sie in ein Spital gebracht werden, von wo sie aber plötzlich und spurlos verschwunden ist. Sie trug Anstaltskleidung, was eigentlich die Verfolgung hätte erleichtern müssen. Jedoch fehlt jede Spur von der verschwundenen. Die Polizei nimmt an, daß sie hier in Bromberg Helfershelfer hat, bei denen sie unterkommen sein muß.

Nach ihrer Flucht richtete die Wiertelak an die Polizeibehörden einen Brief, der auf dem hiesigen Postamt aufgegeben war, und in dem sie bat, sie nicht weiter zu suchen, da sie sich das Leben nehmen werde. Sie hätte nur gestohlen, um nicht vor Hunger zu sterben. Die Polizei schenkt jedoch diesen Aussagen keinen Glauben und ist eifrig bemüht, die entwischte Schwindlerin wieder einzufangen.

Die „Illustrierte Weltchau“ Nr. 6 liegt der heutigen Ausgabe unseres Blattes bei. Diese Nummer hat beim Bahntransport leider einen unvorhergesehenen Aufenthalt von mehreren Tagen in Schneidemühl erfahren, so daß wir fürztlich die Nr. 7 dieser Beilage bereits einlegen müssen und erst heute die Nr. 6 folgen lassen können.

**Scharfschießen.** Am 22. d. M. führt das 61. Infanterieregiment ein Scharfschießen auf dem Schießplatz in Jagdschütz durch. Die Zugangswege werden durch Militärposten gesichert.

**Ein neuer Stadtrat.** Die Stadtverordnetenversammlung wählte gestern in geheimer Sitzung von 18 Kandidaten den früheren Bromberger Rechtsanwalt Spirowski, der zuletzt Magistralsreferendar war, zum beispielten Stadtrat. Der Gewählte gehört dem Club der Zusammenarbeit mit der Regierung an.

**Die Zahl der Schüler und Studenten** beträgt in Polen 33/4 Millionen. Davon entfallen auf die Anfangsschulen 3 1/2 Millionen, auf Mittelschulen 205 000, auf Höchschulen 43 000. Von den Schülern und Schülerinnen der Mittelschulen sind 2/3 katholisch, 1/3 der Schüler gehören zu anderen Glaubensbekennnissen. Eine genaue Berechnung ergab folgendes Resultat: Katholiken 67 Prozent, Juden 22 Prozent, Evangelische und Griechisch-katholische 4 Prozent. Orthodoxe 3 Prozent. In Polen zählte man in dem akademischen Jahr 1928/29 43 349 Studenten und Studenterinnen, davon 2/3 katholischen und 1/3 anderer Glaubensbekennnisse. Nach genauer Berechnung: 28 865 Katholiken, 8407 Israeliten, 1977 Griechisch-katholische, 1027 Evangelische und 784 Orthodoxe. Der größten Beliebtheit erfreuen sich die philosophischen Fakultäten, 13641 Personen studieren Philosophie, das sind 30 Prozent der studierenden Jugend.

Dies ist damit zu erklären, daß die philosophische Abteilung mehrere Fächer umfaßt. Es werden Sprachstudien getrieben, Literatur, Naturwissenschaft, Mathematik, Physik, Geschichte, Philosophie usw. Die juristischen Vorlesungen werden von 10 872 Studenten und Studentinnen besucht. Medizin studieren 3875 Personen, die Handelshochschulen besuchen 3402 Personen, mechanische und elektrotechnische Vorlesungen werden von 2056 Hörern besucht. Agronomie: 174, Theologie: 982, Chemie: 927, Tierheilkunde: 788, Architektur: 735, Pharmazeutik: 682, Kunstabteilung: 556, Hütten- und Bergbau: 526, zahnärztliche Vorlesungen: 44.

**Der bienenwirtschaftliche Verein** für Bromberg und Umgebung hielt am 16. d. M. in der Johannisschule seine Monatsversammlung ab. Zunächst erstattete der Kassenwart seinen Jahresbericht, aus dem hervorging, daß die Einnahmen 423,46 Bloty, die Ausgaben 377,19 Bloty betrugen. Der Vorsitzende dankte dem Kassenwart für seine langjährige und musterfürstige Kassensführung; sodann teilte er mit, daß die hiesige Staroste dem Verein auf seine Einladung um eine hiesige eine abschlägige Antwort erteilt hat. Der Vorsitzende hielt dann einen Vortrag über die Arbeitsteilung im Bienenzuchtstaat, der allgemeinen Beifall fand.

**Ein Feuer** entstand fürztlich in den Werkstätten auf dem hiesigen Flugplatz. Da man es rechtzeitig bemerkte und die Feuerwehr nach kurzer Zeit eintraf, wurde ein Ausbreiten des Brandes verhütet. Der Schaden ist gering.

**Diebe im Steueramt.** Auch die Diebe scheinen sich davon überzeugt zu haben, daß unter der Bevölkerung wenig Geld zu finden ist, daß aber das Steueramt oft und reichlich Geld einkassieren muß. Sie glaubten nun einen besonders guten Zug zu machen, wenn sie diesem Amt einen Besuch abstatten würden. Im städtischen Steueramt am Neuen Markt machten sie sich in einer der letzten Nächte an die Öffnung der verschiedenen Zimmer und Schreibtische, aber ihre Bemühungen waren umsonst. Auch im Steueramt haben sie nicht einen Pfennig Geld gefunden.

**Festgenommen** wurden im Laufe des gestrigen Tages zwei geflüchtete Personen, eine Person wegen Diebstahls und eine wegen Übertretung der sitzenpolizeilichen Vorschriften.

#### Vereine, Veranstaltungen &c.

Verband deutscher Katholiken. Ortsgruppe Bydgoszcz. Heute, Freitag, den 21. d. M., abends 8 Uhr, hält Herr Probst Schirmer im Zivilcasino einen Vortrag zur Feier der 1500jährigen Wiederkehr des Todestages von St. Augustinus. Eintritt frei. Siehe auch Anzeige.

\* \* \* \* \*

**Munkowarz (Młakowice).** 20. Februar. Glück im Unglück hatte der Motorradfahrer M. M. Smukalski, der mit seiner Schwester im Bettwagen sich auf dem Wege nach Crone befand. Auf der Brücke bei Munkowarz durchfuhr er das Geländer und stürzte mit dem Fahrzeug herunter. Durch die unter der Brücke hindurchführenden Telegraphendrähte, auf die das Motorrad und die beiden Insassen fielen, wurde der Sturz in seinen Folgen bedeutend herabgemindert. Smukalski kam ohne Verletzungen davon, während seine Schwester mit leichteren Kopfverletzungen in das Krankenhaus geschafft wurde.

**Moritzfelde (Morawica).** 19. Februar. Der Landwirtschaftliche Verein Lukowiz und Umgebung hielt am 18. d. M. im Holzlichen Gasthause hier selbst eine Versammlung ab, die gut besucht war. Dr. Krause-Bromberg hielt einen Vortrag, der ebenso wie die anderen Erläuterungen und Berichte des Geschäftsführers eine aufmerksame Zuhörerschaft fand. Im Anschluß hieran wurde die Wahl des Vorstandes vollzogen. Der bisherige Vorsitzende wurde wiedergewählt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde der Landwirt Bünneberg aus Moritzfelde, zum Schrift- und Kassierer der Rechner der Spar- und Darlehnskasse R. Raasch aus Lukowiz, zu Beisitzern die Landwirte Brumund aus Lukowiz und Cheresmann aus Alschwicawica gewählt.

**Kruszwitz (Kruszawica).** 21. Februar. Schaden einer. In der vergangenen Woche geriet gegen 8 Uhr abends im Dörfe Siemianki am Goplosee ein Roggenobster, neben dem die Dreschmaschine aufgefahren war, in Brand, durch den sowohl der Schieber als auch die Maschine eingeschert wurden. Besitzer Jeruzalim berechnet den durch das Feuer angerichteten Schaden auf ca. 20 000 Bloty. Die Versicherungssumme beträgt 25 000 Bloty.

**Argenan (Uniewkowo).** 20. Februar. Eine entsetzliche Tat, die ein grauenerregerndes Bild auf die Not mancher Bevölkerungskreise wirkt, hat sich in Chrastowice ereignet. Eine Witwe hat aus Nahrungsgegenstände drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren ermordet und die Leichen vergraben. Ihre 16jährige Tochter hatte von dieser schrecklichen Tat Kenntnis, und da sie sie nicht verheimlichen konnte, berichtete sie dem Hausherrn Paweł davon, der sofort Ausgrabungen vornehmen ließ. Tatsächlich fand man die Leichen an der angegebenen Stelle auf. Paweł erstattete hieraufhin Anzeige bei der Polizeibehörde, welche die Mörderin verhaftete und dem Untersuchungsrichter vorführte. — Der heutige Wochenmarkt war infolge des regnerischen Wetters nur schwach besucht und beschäftigt. Man zahlte für das Pfund Butter 2,20–2,40, für die Pfund Eier 2–2,40. Für Gemüse und Obst wurden gezahlt: Apfel 1–1,50, Weißkohl 0,20, Rotkohl 0,30, Rote Rüben 0,20, Brüken 0,15, Mohrrüben 0,25, Suppengrün 0,80, Zwiebeln 0,20, grüne Heringe 0,25–0,50 pro Pfund. Auf dem Geflügelmarkt zahlte man für Gänse 12–16,00, Enten 7–9,00, Hühner 4–6,00, Puten 12–18,00, Truthen 1–1,20 pro Stück. Für Kartoffeln wurden 3,00 Bloty pro Zentner gezahlt.

#### Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 21. Februar.

Kraakau —, Jawischow + —, Warthau + —, Bock + 0,49, Thorn + 0,36, Norden + 0,36, Culm + 0,40, Grauden + 0,45, Kurzebrau + 0,51, Bidol — 0,16, Dirichau — 0,54, Einlage + 2,06, Schierenhorst + 2,32.

Chef-Medakten: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Post: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Biele; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Sopke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prangodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 44.

Heute: „Illustrierte Weltchau“ Nr. 6.

